



**Dr. Birgit Malecha-Nissen**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

## Pressemitteilung

### „Verkehrshaushalt 2017 - Mehr Mittel für maritime Branche und Verkehrsinfrastruktur“

#### Schleswig-Holsteinische Abgeordnete Dr. Birgit Malecha-Nissen begrüßt Haushaltsbeschluss

Berlin, 25.11.2016

**Berliner Büro:**

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: (030) 227-75165

Fax: (030) 227-70165

[birgit.malecha-nissen@bundestag.de](mailto:birgit.malecha-nissen@bundestag.de)

„Heute hat der Deutsche Bundestag abschließend zum Verkehrsetat 2017 beraten. Mit den Beschlüssen haben wir die gesamte maritime Branche gestärkt und wichtige Weichen für den Erhalt der Verkehrsinfrastruktur gestellt“, freut sich die SPD-Bundestagsabgeordnete Birgit Malecha-Nissen.

#### **Maritime Branche**

Im Bereich Wasserstraße ist eine deutliche Personalaufstockung gelungen. Für die **Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung (WSV)** wurden insgesamt 103 neue Stellen beschlossen, um an großen - zurzeit stockenden - Investitionsvorhaben Planungspersonal bereitzustellen. Zusätzliche Finanzmittel in Höhe von 10 Mio. Euro für Planungsarbeiten gibt es am Elbe-Lübeck-Kanal. Für eine Ausbildungsinitiative in der WSV sind neun Ausbilder vorgesehen, die anerkannte Flüchtlinge in ihrer Ausbildung bei der WSV unterstützen sollen und zur gelingenden Integration beitragen.

Die **bundeseigenen Mehrzweckschiffe „Scharhörn“ und „Mellum“** sollen planmäßig durch Neubauten ersetzt werden. Für eine **Ersatzbeschaffung mit umweltfreundlicheren Dual-Fuel-Motoren (LNG und Diesel)** wurden zusätzliche 13 Mio. Euro bewilligt. Insgesamt neun Mio. Euro (davon drei Mio. bereits in 2017) gibt es für die Gründung eines Deutschen Maritimen Zentrums am Standort Hamburg, das die Koordinierung von Forschung, Entwicklung und Innovation im Bereich der maritimen Wirtschaft unterstützt.

#### **Verkehrsinfrastruktur**

Der Verkehrsetat 2017 hat einen Gesamtumfang von 27,82 Mrd. Euro. Davon werden 15,8 Mrd. Euro für Investitionen ausgegeben. Auf die Bundesfernstraßen entfallen 8,84 Mrd. Euro, auf die Schienenwege 6,15 Mrd. Euro und auf die Bundeswasserstraßen 1,35 Mrd. Euro. Für die Digitale Infrastruktur gibt es insgesamt 971 Mio. Euro. Um den Breitbandausbau vor allem im ländlichen Raum zu verstetigen, wurden die Mittel ein weiteres Mal erhöht, jetzt um 1,335 Mrd. Euro (davon 35 Mio. 2017, 1,3 Mrd. Euro bis 2020).



Für den freiwilligen **Lärmschutz** an bestehenden Schienentrassen stehen im Bundeshaushalt 2017 etwa 150 Mio. Euro zur Verfügung. Damit setzen wir unser Engagement der letzten Jahre fort und erhöhen die Mittel in den Jahren 2018 bis 2020 um 33,8 Mio. Euro, sodass in den nächsten Jahren Mittel von fast 200 Mio. Euro für Lärmschutzmaßnahmen beschlossen wurden.

Im Bereich der Straße ist es ein wichtiges Ziel der Großen Koalition, zum 1. Juli 2018 die **Lkw-Maut** auf alle Bundesfernstraßen auszuweiten. Die Vorbereitung dafür läuft über zwei Maßnahmen: Einerseits stehen für 2017 Mittel in Höhe von 902 Mio. Euro bereit und andererseits haben wir 127 neue Stellen und Planstellen dafür geschaffen. Die Mittel für das **Automatisierte Fahren** wurden um 17 Mio. Euro auf nun 37 Mio. Euro im Jahr 2017 erhöht. Zudem sind die Verpflichtungsermächtigungen bis 2020 auf 30,5 Mio. Euro aufgestockt worden. Davon sollen vor allem Mehrbedarfe für die Öffnung des Programms auf den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) abgedeckt werden.

In Umsetzung der klimapolitischen Initiative, **Radschnellwege** zu bauen, die in dicht besiedelten Ballungsgebieten parallel zu stauanfälligen Bundesfernstraßen verlaufen, wurden jeweils 25 Mio. Euro in 2017 und 2018 beschlossen. Radfahrer haben so die Möglichkeit, auf Kurzstrecken vom umweltschädlichen Auto auf das Fahrrad umzusteigen.

Neben der WSV erhalten auch andere Bundesbehörden zusätzliches Personal. Unter anderem sind 42 neue Stellen beim **Eisenbahnbundesamt** vorgesehen, darunter 10 für Lärmaktionsplanung und 15 für Umweltverträglichkeitsprüfungen. Das **Kraftfahrtbundesamt** erhält zusätzlich zu den 21 Stellen aus dem Regierungsentwurf 18 Stellen für Marktüberwachung und Typengenehmigung.

Die größte Änderung im parlamentarischen Verfahren betrifft die **Deutsche Bahn AG**. Zum einen wurde eine Eigenkapitalerhöhung von 1 Mrd. Euro beschlossen, von der die Hälfte – 500 Mio. Euro – gesperrt wurde, bis die DB AG nachweist, dass sie die anteiligen Mittel der *Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung II* für 2016 in vollem Umfang gemäß den Vertragsbedingungen eingesetzt hat. Zum anderen verzichtet der Bund für das Jahr 2017 auf 350 Mio. Euro Bahn-Dividende. Mit diesen insgesamt 1,35 Mrd. Euro soll die Verschuldung der Bahn begrenzt und gleichzeitig die Wachstums- und Qualitätsoffensive abgesichert werden.